

TASS meldet Internationales Panorama

In den Bruderländern

Auf sowjetische Bestellung

PRAG. Eine große Partie von 500 Millionen Kronen wird in diesem Jahr der Trust „Elitex“ an die Textilbetriebe der UdSSR liefern. Nach sowjetischen Aufträgen sollen in der tschechoslowakischen Stadt Chrastava 300 Wickelmaschinen und 27 automatische Taktschrauben zum Bedrucken der Stoffe gebaut werden.

Die Sowjetunion ist ein Großbesteller von Erzeugnissen des Textilmaschinenbaus der Tschechoslowakei. Allein die Maschinenfabrik in Chrastava liefert etwa 70 Prozent ihrer Erzeugnisse an die UdSSR.

Aufgaben der bulgarischen Geologen

SOFIA. Bei den bulgarischen Geologen hat die Feldsaison begonnen. Der XII. Parteitag der BKP stellte dem Geologischen Dienst des Landes die Aufgabe, die Arbeiten zur Festigung der Mineral- und Rohstoffbasis der Republik auszubauen. Diese Aufgabe wird konsequent erfüllt. In raschem Tempo werden die Nordostgebiete Bulgariens erforscht und erkundet. Hier hat man mit Hilfe sowjetischer Spezialisten große Vorräte an Kokskohle entdeckt, die allen bisher erschürften Vorräten in der VR Bulgariens gleichkommen. Die ersten Tonnen dieses Brennstoffs sollen im Dobrudzhan-Kohlenbecken im laufenden Planjahr abgebaut werden.

Im Blickpunkt der Erschürfer des Erdinneren steht die Suche nach energetischem Rohstoff. Die Geologen haben Lignitkohle im Raum des Dorfes Balscha, Bezirk Sofia, und Braunkohle im Bezirk Burgas entdeckt.

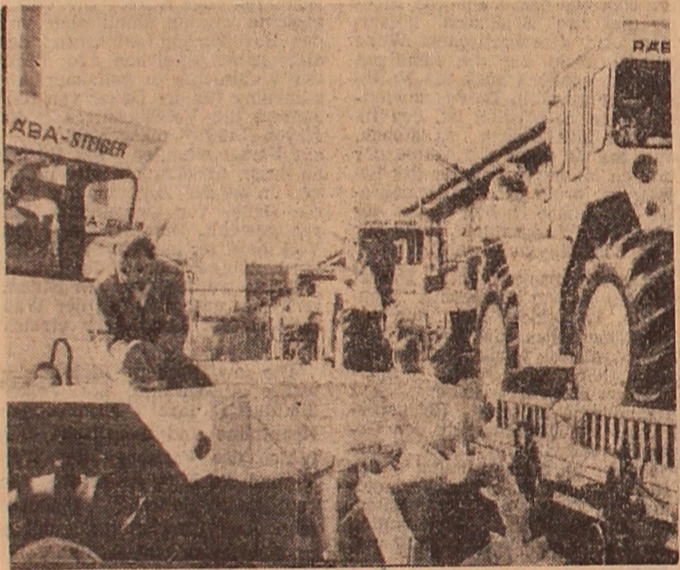
Gewisse Erfolge erzielten auch die Erkundungsexpeditionen, die nach Erdöl und Gas suchen. Unter Beistand sowjetischer Spezialisten werden komplexe Erkundungen des Schwarzmeereschelfs der Republik unternommen.

Binnenfischerei der DDR

BERLIN. In den Fischereibetrieben des Bezirks Neubrandenburg fanden mehr als 2 Millionen junge Seeforellen Sommerunterkunft. In den in offenen Wasserbecken aufgestellten Netzcontainern werden sie an Gewicht zunehmen. In diesem Frühjahr wurden auch 50 Millionen Jungmariänen in die Teiche und Seen dieses Bezirks - des wichtigsten Fischereigebiets der DDR - gesetzt.

Die industriemäßige Fischzucht in den Binnenseen und die Steigerung der Effektivität der Arbeit der Fischteiche sind die Hauptrichtungen in der Tätigkeit der Fischereibetriebe der DDR. In ihnen wurde die Aufgabe gestellt, den Fischfang bis Ende des laufenden Planjahres um 10 Prozent (1981-1985) um 80 Prozent zu vergrößern und der Bevölkerung 22.000 Tonnen Fluß- und Seefische zu liefern.

Zu diesem Zweck werden in verschiedenen Gebieten der Republik Maßnahmen zur Rekonstruktion der natürlichen Wasserbecken realisiert und neue künstliche Staubecken gebaut.



Ungarn von heute ist ein Land mit moderner Industrie und Wissenschaft, fortgeschrittener Landwirtschaft, mit Menschen der neuen sozialistischen Gesellschaft.

Im Bild: Abfertigung der Erzeugnisse des Budapest Traktorenwerks „Roter Stern“

Wirtschaftshilfe oder Angelhaken der Hegemonisten?

In letzter Zeit ist ein recht merkwürdiges politisches Phänomen zu beobachten: aus China, dessen Führung noch ganz vor kurzem den Prozeß der politischen Umorientierung auf den Westjüngsten Partner des amerikanischen Imperialismus anmeldete, sind neuerdings kritische Entlarvungen des letztgenannten darüber zu vernehmen, daß die Vereinigten Staaten „die Interessen der kleinen Länder mißachten und gegen die Souveränität der dritten Welt verstoßen“.

Die chinesische Propaganda verpaßt dabei keine Gelegenheit, um die „Freundschaft“ und die „Uneigennützigkeit“ von Peking selbst gegenüber den Entwicklungsländern hervorzuheben. „China wird immer an der Seite der dritten Welt stehen. Die Entwicklung der Freundschaft und der Zusammenarbeit mit den Ländern der dritten Welt ist der unabwehrbare Kurs unseres Landes“, erklärte zum Beispiel Zhao Ziyang, Premier des Staatsrats, am 26. November vorigen Jahres.

Gefühle gegenüber den Entwicklungsländern beteuern zu müssen.

All das sind jedoch die Versuche mit untauglichen Mitteln oder, wie ein chinesisches Sprichwort lautet, das Streben, ein „Fischauge für eine Perle auszugeben“. Der ganzen Welt ist es ersichtlich, daß die außenpolitische Strategie der heutigen chinesischen Führung auf eine maximale Nutzung ihrer Beziehungen zu anderen Staaten abzielt, die VRCh baldigst in einen mächtigen Staat zu verwandeln, der fähig wäre, die Welthegemonie zu beanspruchen.

Keine Ausnahme macht China in dieser Hinsicht auch bezüglich der Entwicklungsländer. Hinter den chinesischen Beteuerungen der „Uneigennützigkeit“, hinter den Versprechungen, ihnen eine „kolossale Hilfe“ zu leisten, steckt das Streben Pekings, diese Staaten zu einer Quelle finanzieller Mittel und mangelnder Rohstoffe für die Verwirklichung des Programms der vier Modernisierungen zu machen sowie zu einem politischen Werkzeug in den hegemonistischen Manövern Chinas auf dem internationalen Schauplatz.

Die Entwicklungsländer hatten schon mehr als einmal die Möglichkeit, sich von der illusorischen Hoffnung auf eine einigermaßen spürbare Wirtschaftshilfe durch Peking zu überzeugen. So befreiten sich die chinesischen Verpflichtungen aus Programmen der Hilfe für afro-asiatische Länder im Jahre 1970 auf etwa 750 Millionen Dollar. Gegen Anfang der 80er Jahre gingen die Versprechungen der Hilfe fast auf ein Stübchen zurück. Dabei muß man im Auge behalten, daß die Verwirklichung der chinesischen Hilfe-Projekte mit überaus gestreckten Terminen und einer niedrigen Bauqualität einhergeht. Von 500 Objekten, die sich China verpflichtet, in den letzten Jahren zu bauen, konnte es nur etwa 130 ihrer Bestimmung übergeben. Die außenwirtschaftlichen Organisationen der

Freundschaft erstarkt

Auf einer Festveranstaltung der Liga für Völkerfreundschaft der DDR wurde in Berlin die Freundschaftsgesellschaft DDR - DR Afghanistan gegründet. Ihr Präsident, Staatssekretär Wolfgang Beyreuther, bekräftigte in seiner Ansprache die feste Solidarität der DDR mit dem afghanischen Volk in dessen Kampf gegen die innere und äußere Reaktion und zur Verteidigung seiner revolutionären Errungenschaften.

Mit der Gründung der Gesellschaft werde eine weitere Vertiefung der traditionellen freundschaftlichen Beziehungen bewirkt.

Reklamerummel in Übersee

USA-Präsident Ronald Reagan hielt am 9. Mai eine Rede zur Außenpolitik. Dieser war, wie jetzt in Washington üblich ist, ein lauter Reklamerummel vorausgegangen. Der amerikanischen und der Weltöffentlichkeit war geradezu ein „Novum“ in der Haltung der Vereinigten Staaten zu den Hauptpartnern der Gegenwart und vor allem zu Fragen der Beziehungen mit der Sowjetunion angekündigt worden.

In Wirklichkeit aber lief die ganze „Novität“ darauf hinaus, daß die erwählte Rede des Präsidenten zusammengefaßt all die üblichen Verleumdungen und Ausfälle gegen die Sowjetunion und deren Politik enthielt, wie man sie von den heutigen amerikanischen Führern gewohnt ist.

Dazu gehören die Versuche, der Sowjetunion das zu unterstellen, was sich gerade die Vereinigten Staaten von Amerika auf Schritt und Tritt zuschulden kommen lassen - die flagrante Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten und das Bestreben, den Völkern eine Ordnung aufzuzwingen, die den USA paßt. Auch in dieser Rede konnte sich der amerikanische Präsident nicht enthalten, andere Völker zu belehren, wie sie ihr Leben zu gestalten haben - freilich auf amerikanische Art und Weise.

Dazu gehören auch die schamlosen Erfindungen über einen angeblichen Einsatz chemischer Waffen durch die Sowjetunion, Erfindungen, die lediglich den Zweck haben, die USA von der-

Gerechtigkeit auf Washingtoner Art

Kommentar

In dem Maße, wie der britisch-argentinische Konflikt um die Falkland-Inseln (Malwinen) immer mehr an Ausmaß und Heftigkeit zunimmt, kommt immer deutlicher die Rolle der Vereinigten Staaten als einer Kraft zum Ausdruck, die das militärische Abenteuer der britischen Kolonialherren nicht nur wirksam unterstützt, sondern auch bestrebt ist, die entstehende Situation zu ihren eigennützligen Interessen zu nutzen. Heute gibt es keine Zweifel mehr darin, daß Washington seit Beginn des Konflikts hinter dem Rücken Großbritanniens gestanden hat, während seine diplomatischen Aktivitäten als „unbetrittliger Vermittler“, von denen soviel Aufhebens gemacht wurde, lediglich dazu dienen, die ihrem Wesen nach imperialistische Politik der USA in Lateinamerika zu tarnen, eine Politik also, die in die Geschichte unter der Bezeichnung einer Politik „des großen Knüppels“ eingegangen ist und die bis heute keinerlei Veränderungen erfahren hat.

Die wahren Absichten der amerikanischen Administration kamen

bereits zu dem Zeitpunkt zum Vorschein, da der USA-Außenminister Alexander Haig den Vorschlag unterbreitete, auf den Inseln eine sogenannte trilaterale Verwaltung unter Beteiligung der USA einzurichten. Die politischen Beobachter entwarnten dieses Manöver sofort als eines, das darauf gerichtet ist, einerseits Argentinien von der Lösung des Problems des Archipels faktisch zu verdrängen und andererseits Voraussetzungen für die Verwirklichung der von Washington gehegten Pläne zu sichern, sich des Archipels zu bemächtigen.

In diesem Zusammenhang macht die Auslandspresse auf die Anstrengungen der USA aufmerksam, einen Stützpunkt zu bekommen, der ihren militärstrategischen Plänen im Südatlantik dienen und insbesondere die Länder des Südens Lateinamerikas aufs Korn nehmen könnte.

Als nun der Plan einer „Dreierverwaltung“ der Inseln ein Fiasko erlitt, weil Argentinien ihn entschieden zurückgewiesen hatte, trat

Washington bereits offen gegen Argentinien auf und ließ erzwungenermaßen seine Maske eines „Friedensstifters“ fallen. Seinen offen britisch freundlichen Kurs und seine volle Mißachtung der lateinamerikanischen Länder, die die argentinische Position verteidigen, zeigte es bereits auf dem Konsultativtreffen der Außenminister der OAS-Länder. Der nächste Schritt der amerikanischen Administration waren die offizielle Proklamation der Unterstützung Großbritanniens und die Verhängung der amerikanischen Militär- und Wirtschaftssanktionen gegen Argentinien.

Die amerikanisch-britische Abrede, die den Zielen des Neokolonialismus dient und sich mit ihrer Spitze nicht nur gegen Argentinien, sondern auch gegen die lateinamerikanischen und alle die Prinzipien der Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Integrität verteidigenden Entwicklungsländer richtet, ist nun eine vollendete Tatsache. Die USA treten heute - und das unterstreichen viele Organe der lateinamerikanischen Presse - als aktiver Mitwirkender

an den Aggressionshandlungen Großbritanniens auf, das sich dazu ansieht, die Falkland-Inseln (Malwinen) mit Waffengewalt zu besetzen. Mehr noch, nach Ansicht offizieller Persönlichkeiten in Washington - das schreibt Reston in der „New York Times“ - ist die Möglichkeit einer direkten militärischen Einmischung der USA in den Konflikt auf selten Großbritanniens nicht ausgeschlossen.

Es fragt sich, was angesichts dieser Tatsache die Beteuerungen der Washingtoner Politiker wert sind. Die USA lieben sich im britisch-argentinischen Konflikt von dem Bestreben leiten, eine „sowohl für Argentinien als auch für Großbritannien gerechte“ Lösung zu finden. Eine ebensolche Beteuerung enthält ein in der brasilianischen Zeitschrift „Veja“ veröffentlichtes Interview mit Präsident Reagan. Falsch und heuchlerisch sind auch die Washingtoner Erklärungen, die USA streben „nach Aufrechterhaltung enger Beziehungen zu den Ländern Südamerikas“ und mit dem Amtsantritt der gegenwärtigen Administration zeichneten sich „in den Beziehungen der USA zu Lateinamerika wesentliche positive Veränderungen ab“.

Nikolai TSCHIGIR

Subversive Aktivitäten entlarvt

Das polnische Fernsehen hat eine Filmfolge über die Aktivitäten des subversiven Rundfunksenders „Free Europe“ gezeigt.

Die in dem Film verwendeten Materialien und Dokumente von „Free Europe“ legen die subversiven Aktivitäten des Senders bloß und veranschaulichen seine Beziehungen zum USA-Geheimdienst CIA. So wurde ein Dokument für „interne Gebrauch“ gezeigt, aus dem hervorgeht, daß zum Leiter des Senders zur Zeit der politischen Krise der aktive CIA-Offizier E. Punt ernannt wurde und daß der Leiter von „Free Europe“ J. Brown, eine hochgestellte Person im CIA, angehört, dessen Hauptaufgabe in der Koordination der Spionagetätigkeit gegen die VR-Polen und die anderen sozialistischen Länder mit Hilfe des Senders „Free Europe“ besteht.

In dem Film werden die ehemaligen polnischen Bürger, die die Heimat verlassen haben und zur Zeit in „Free Europe“ tätig sind, sowie der eingetragene Antikommunist Kuron entlarvt, der mit dem Rundfunksender mehrere Jahre zusammen gearbeitet hat. Ferner wird ein Bekenntnis dieses Verräters angeführt, wonach seine Materialien für „Free Europe“ von den Mitarbeitern des Senders häufig „argant“ und „präpariert“ werden.

Aufdringliche Forderung

Der Ministerpräsident von Irland, Charles Haughey, hat im Parlament die Aufhebung der Handelsanktionen der EWG-Länder gegen Argentinien gefordert. Er betonte, die Aufhebung dieser Sanktionen wäre bei der Schaffung einer Atmosphäre nützlich, in der die Anstrengun-

gen der UNO viel wirksamer werden würden. Als neutrales Land sei Irland nicht bereit, militärische Aktionen zu unterstützen, und keine Verpflichtungen im Rahmen der EWG verlangt das von ihm. Das irische Volk halte am Prinzip der Neutralität fest.

Zusammenarbeit entwickelt sich weiter

Die 35 Jahre lange Tätigkeit der finnisch-sowjetischen Aktiengesellschaft Koneala trägt in vieler Hinsicht dazu bei, die Abkommen zwischen der Sowjetunion und Finnland über den Handel mit Maschinen und Ausrüstungen, praktisch zu verwirklichen, hat der Geschäftsführende Direktor dieser Firma Teuvo Rouvali erklärt. In einem TASS-Gespräch sagte er, diese Gesellschaft sei in den letzten Jahren nicht nur zu einem der größten Importeure von Personen- und Lastkraftwagen Finnlands geworden, sondern entwickle auch erfolgreich die Kooperation mit finnischen Betrieben. Das sei eine neue Etappe in der Tätigkeit der Gesellschaft. In diesem Bereich seien schon erste Ergebnisse erzielt worden. So sei gemeinsam mit der finnischen Firma Talinneskus auf der Basis des KamAS-Kraftwagens ein 30-Meter-Heber entwick-

kelt worden. Gleichzeitig würden in die Sowjetunion Fördermaschinen und medizinische Ausrüstungen exportiert, die auf Fahrgestellen sowjetischer Kraftwagen montiert sind.

Rouvali sagte: „Was den Verkauf von Kraftwagen betrifft, so ist Koneala vielen bekannten westeuropäischen und amerikanischen Firmen überlegen. Bei den finnischen Automobilfreunden ist der Lada-Kraftwagen, der von der Gesellschaft verkauft wird, sehr populär. Die Kraftwagen dieses Typs sind leicht zu steuern und wirtschaftlich, und sie können in allen Gebieten Finnlands angetroffen werden.“

Rouvali betonte, daß Koneala durch ihre Tätigkeit einen großen Beitrag zur Entwicklung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Sowjetunion und Finnland leistet.

In wenigen Zeilen

AMMAN. Ohne jeglichen Grund sind Einheiten der israelischen Armee und der Sicherheitskräfte in das Wohnheim der palästinensischen Universität Bir Zeit auf dem okkupierten Westjordanufer vorgedrungen. Bei einer von ihnen vorgenommenen Durchsuchung der Wohnräume wurden bei den Studenten zum freien Absatz zugelassene arabische Druckschriften beschlagnahmt. Die Leitung der Universität hat gegen die jüngste provokatorische Aktion der Zionisten entschieden protestiert sowie offizielle Aufrufung und Bestrafung der Schuldigen gefordert.

KAIRO. Die ägyptische Presse hat die Anklageschrift gegen die muslimische Terrororganisation Al-Jihad Al-Gedid veröffentlicht. Im Zusammenhang mit dieser Strafsache wird gegen 1.225 Menschen ermittelt, 322 führende Funktionäre wurden vor Gericht gestellt. Sie werden beschuldigt, eine Verschwörung organisiert zu haben, um das bestehende Regime zu stürzen.

NEW YORK. Mit großer Beunruhigung ist im Hauptquartier der Organisation der Vereinten Nationen gegen Libanon registriert worden. UNO-Generalsekretär Javier Perez de Cuellar äußerte tiefe Besorgnis über das Geschehen und rief zu maximaler Zurückhaltung und Feuerstellung auf.

Das Volk von El Salvador, daß mit Maschinenpistolen zu den sogenannten freien Wahlen getrieben wurde, hat sich schon längst für den Kampf um wahre Freiheit und Unabhängigkeit entschieden. Die Patrioten setzen ihre aktiven Kampfhandlungen fort, die Bevölkerung erweist ihnen größtmögliche Hilfe.

Im Bild: Im Trupp der Front der Nationalen Befreiung „Farabundo Martí“

Foto: TASS



W. MAXIMOW (APN)

